A26 Zivile Krisenprävention - Redaktionelle Änderungen

Antragsteller*in:	Maria Regina Feckl, Martin Pilgram, Horst Schiermeyer (BAG Frieden)
Tagesordnungspunkt:	1. Änderungsanträge zum Wahlprogram

Antragstext

Kapitel 6: International zusammenarbeiten

Zeile 47

Das Wort "Konfliktprävention" ersetzen durch "die Prävention von Gewaltkonflikten"

Abschnitt "Wir treten ein für Frieden und Sicherheit - Vorausschauend für den Frieden"

Zeile 544

Den Ausdruck "Konflikte zu verhindern" ersetzen durch " Konflikte konstruktiv zu bearbeiten, gewaltsamer Eskalation vorzubeugen und die Ursachen zu überwinden."

Begründung

Begründung:

Die Formulierung „Konfliktprävention“ ist völlig unpräzise und nicht zeitgemäß, sie fällt zurück hinter die friedenspolitischen Diskurse der vergangenen 20 Jahre. In der Forschung und Praxis besteht Konsens darin, dass es nicht darum geht, Konflikte zu vermeiden oder zu verhindern, sondern deren gewaltsamen Austrag. Konflikte sind essentieller Bestandteil gesellschaftlichen und politischen Lebens und auch Motor für Veränderung. Es kommt darauf an, wie man mit ihnen umgeht. Es geht also darum, rechtliche, politische Institutionen und Verfahren zu etablieren, die dazu beitragen, dass Konflikte konstruktiv und friedlich bearbeitet und möglichst auch in ihren Ursachen beleuchtet werden können, die es (im Sinne der Konflikttransformation) zu überwinden gilt. Dieses Verständnis bestimmt auch die „Leitlinien der Bundesregierung "Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ von 2017. Das Grüne Wahlprogramm sollte hier ebenfalls den „state-of-the-art“ abbilden.